

KGW's Rundschreiben

23.04.2014
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Den scharfen Zünder konnten die politischen Euro-Pyromanen aus der Euro-Krise entfernen (allen voran Deutschland als vorbildlicher „Krisen-Schrauber“). Überwunden ist die Krankheit des Patienten Euro aber längst noch nicht. Die Bereitwilligkeit der Geldgeber kann man mit jemandem vergleichen, der starke Schmerzmittel verteilt und damit dem Schwerkranken (Europa) Linderung, aber keine Heilung, verschafft. Irland, bald wahrscheinlich auch Portugal und Spanien, können in Kürze den europäischen Rettungsschirm verlassen. Italien und Frankreich sind aufgefordert, etwas gegen ihre internationale Wettbewerbschwäche zu tun; aber die Regierungen agieren schwerfällig. Der griechische Finanzminister Giannis Stournaras sieht den Staatshaushalt im Lot und verkündet stolz, dass Griechenland über den Berg ist. Deshalb will er noch vor dem Sommer eine neue Staatsanleihe anbieten. Die zockenden Anleger (was sollte man auch anderes erwarten) zeichnen und überzeichnen das Papier. Die griechischen Reformprogramme werden von den 18 Euroländern mit folgenden Zahlungen begleitet: 6,3 Milliarden Euro in diesem Monat, je 1 Milliarde Euro im Juni und Juli (bisherige Zahlungen: 230 Milliarden Euro; lediglich weitere 1,8 Milliarden Euro können noch bis Ende 2014 abgerufen werden). Bis Ende 2016 werden wahrscheinlich weitere 16 Milliarden Euro benötigt. Ob es richtig ist, wenn die reichen Nordstaaten die armen Südstaaten über Wasser halten, werden wir in 10 – 15 Jahren sehen. Zurzeit wird nicht diskutiert, ob Schuldenschnitte sinnvoll gewesen wären oder die Option des Austritts verschiedener Länder aus der Europäischen Gemeinschaft. Schon bei der Gründung des „Euro-Verbundes“ waren die unterschiedlichen wirtschaftlichen „Laufgeschwindigkeiten“ bekannt – und daran hat und wird sich auf Sicht bestimmt nichts ändern. Dieser Konstruktionsfehler ist wohl nicht zu heilen!

Wenn man die Bürger in der Welt fragt, was die Krise ausgelöst hat, dann bekommt man auch eine Antwort. Aber finanzielle bzw. wirtschaftliche Auswirkungen werden nicht erkannt. Vielleicht haben die 15-jährigen, die in den 18 Testländern an der PISA-Studie teilnehmen, mehr Basiswissen. Denn sie sind es, die sich doch um ihre Altersversorgung Gedanken machen müssen und schon heute komplizierte Verträge unterschreiben müssen, um in der Zukunft halbwegs abgesichert zu sein. Wenn man weiter nach Zinsen, Inflationsraten oder Deflation fragt, wird man wahrscheinlich auf schwerwiegende Wissenslücken stoßen. Die eigenen Interessen werden, wenn man Mitglied einer starken gewerkschaftlichen Vereinigung ist, dahingehend gestützt, dass man mit Spruchbändern und Trillerpfeifen auf die Straße geschickt wird, um seine Forderungen durchzusetzen. Das macht auch vor mit Rotkäppchen ausgestatteten Lufthansa-Piloten nicht Halt, die durch ihren tagelangen Streik volkswirtschaftliche Werte vernichtet haben. Das Handelsblatt versucht aktuell, den ökonomischen Sachverstand der Bürger zu schärfen und mit der Bildungsinitiative „Handelsblatt macht Schule“ Bildung an den Schulen zu fördern. Nicht nur Schüler, sondern auch Erwachsene, können sich mit dem kostenlosen Angebot unter www.handelsblattmachtschule.de schlau machen.

Die Weltbank, das Weltwirtschaftsforum in Davos, der Internationale Währungsfonds bis hin zur Stimme des Papstes warnen vor Ungleichheit auf der Welt. Die Kluft zwischen arm und reich bedroht unseren Wohlstand und die marktwirtschaftliche Ordnung. Soeben schrieb der Franzose Thomas Piketty einen lesenswerten Bestseller. Die Schlagzeile des Papstes „Wirtschaft tötet“ muss im Detail erklärt werden. In Kurzfassung sagt er „nein“ zum Geld, das regiert statt zu dienen. Die soziale Ungleichheit, so warnt er, könnte Gewalt hervorbringen. Die Schere zwischen arm und reich ist in den USA heute so groß, wie seit 1928 nicht mehr. Vielfach sind Spekulanten daran schuld, die mit ihrem erwirtschafteten Reichtum maßgeblichen Einfluss auf die Politik haben. In Südamerika ist Macht eng mit Kapital verknüpft. In Russland hat sich eine Kaste gebildet, die mit ihrem Kapital viel Macht angehäuft hat. Im russischen Parlament (der DUMA) gilt man als „armer“ Abgeordneter, wenn man nur einfacher Millionär ist. Diese Oligarchen mit dem Multimilliardär Putin an der Spitze bekommen im Kreml alle Gesetze durch. China wird seit 1949 kommunistisch regiert. Trotz der chinesischen Gleichheitspflicht wuchs die Zahl der Milliardäre in den letzten 2 Jahren von ca. 40 auf 350 Personen. Im Club der Mitglieder, die weltweit eine Habenzahl mit 9 oder mehr Nullen ausweisen können, steht China nach den USA auf Rang 2. Deng Xiaoping war es, der in den frühen 80er Jahren sagte: „Einige sollen halt schneller reich werden“. Er ließ damit auch freies Unternehmertum zu. Es muss dabei nicht erwähnt werden, dass einige ihr Geld durch zwielichtige Geschäfte erworben haben, oder die heutige Generation von den Eltern geerbt hat. Sicherlich sind ein Teil der Superreichen nicht schlauer als mancher chinesische Wanderarbeiter, nur haben sie eine bessere Vernetzung zur Partei. Mit der Macht des Geldes wird man außerhalb Chinas international tätig. Als Beispiel der Immobilienunternehmer Wang, der kürzlich in England einen Fußballverein kaufte (nach dem Vorbild eines reichen

Russen). Es wird immer Reiche und Arme geben. Die KGW, namentlich der Verfasser dieses monatlichen Rundschreibens, Kuno Gerber, haben es sich auf die Fahne geschrieben, unverschuldet in Not geratenen Menschen (hauptsächlich Kindern) zu helfen. Deshalb unterstützen wir den vor 20 Jahren gegründeten EAGLES Charity Golf Club, der mit vielen Turnieren Geld sammelt und zusätzlich von namhaften Sponsoren bei seiner Wohltätigkeitsarbeit unterstützt wird. Das tut man getreu den Worten des chinesischen Philosophen Laotse: „Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das, was man nicht tut.“

Es ist schon mehr als 10 Jahre her, dass Deutschland Schlusslicht in Europa war. Mit entsprechenden Konzepten ist es gelungen, uns auf die Pole Position zu schieben. Andere Staaten versuchen, dieses Konzept (mehr Wettbewerb und Produktivität, geringe Staatsquote u.a.m.) zu kopieren. Die Kreuzchen der Wähler haben als Ergebnis die Große Koalition gebracht. Aktuell zeigt Andrea Nahles, dass sie mit der Rente mit 63 das umwirft, was Kanzler Schröder mit seiner Hände Arbeit aufgebaut hat. Wir haben in Deutschland bereits einen Fachkräftemangel und durch diese Reform werden in Zukunft qualifizierte Fachkräfte unter dem Deckmantel sozialer Gerechtigkeit abgezogen, weil sie früher in den Ruhestand gehen. Man muss sich die Frage stellen, warum die CDU nicht dagegen opponiert, denn wenn die Rentenkassen leer sind, bleibt nur noch die Steuererhöhung. Zurzeit hat man in der Rentenkasse ein Polster von ca. 31 Milliarden Euro, das allerdings an die Beitragszahler zurückgegeben werden muss. Durch Gesetze allerdings hat sich die Koalition eine Legitimation geschaffen, dieses Geld zunächst zu behalten (weil uns das Rentenpaket in Zukunft ca. 230 Milliarden Euro kosten wird). Beide Parteien (CDU/CSU und SPD) geben mit ihrer Politik Vollgas und man müsste doch merken, dass man vor die Wand fährt, wenn man nicht abbremsst oder den Kurs korrigiert. Ähnlich verhält es sich mit dem Prestige-Objekt Mindestlohn, welcher in das so genannte Tarifautonomiestärkungsgesetz eingebunden ist. Bei genauerer Betrachtung erreicht man damit nur das Gegenteil. Heute schließen sich Unternehmen dem sogenannten Flächentarifvertrag an. Wenn es in der Zukunft allerdings einzelnen Sparten gewerkschaften möglich ist, diese Tarifautonomie zu unterlaufen, dann gibt es für die Unternehmen keine Planungssicherheit mehr. Diese Politik der konkurrierenden Parteien muss beendet werden. Fehlentscheidungen können nur von starken Politikern zurückgenommen werden und nicht von Schwachen nach dem Motto: weiter so, nur um nicht das Gesicht zu verlieren. Der Mut zur Kehrtwende ist dringendst erforderlich – andernfalls würden wir die Auswirkungen der politischen Fehler in den nächsten Jahren schmerzlich zu spüren bekommen.

In der jüngsten Vergangenheit stellte der deutsche Fiskus einen neuen Einnahmenrekord auf. In diesem Jahr werden Wirtschaft und Bürger voraussichtlich 640 Milliarden Euro Steuern abführen. Im nächsten Jahr schätzt man die Steuereinnahmen auf ca. 670 Milliarden Euro. Der progressiven Einkommensteuer ist es zu verdanken, dass der Trend selbst ohne Steuererhöhungen jedes Jahr nach oben zeigt. Der Staat fordert von jeder Zunahme des Bruttoinlandsprodukts seinen Obolus. Während die Steuerquote vor ca. 10 Jahren bei knapp 20% lag, wird sie 2018 voraussichtlich auf über 23% steigen. Diese Summe kommt durch 30 bundesweite Steuern zusammen und die 31. Steuer (Finanztransaktionssteuer) ist bereits beschlossen. Man muss aber auch der Wahrheit die Ehre geben und festhalten, dass Steuern gestrichen werden (das ist allerdings schon 20 Jahre her), nämlich auf Leuchtmittel, Salz und Zucker. Und das auch nur auf Drängen der Europäischen Union. Das Verfassungsgericht hat die Vermögenssteuer gekippt. Abgeschafft ist sie nicht, aber der Fiskus erhebt sie seit 1997 nicht mehr. An Kreativität sind die Gemeinden bei der Steuererhebung kaum zu übertreffen. Ideen, wie eine Passantenbefragungssteuer in Essen, eine Bräunungssteuer für Sonnenbänke, eine Stehtischsteuer oder – wie in Köln – 6 € je Arbeitstag von den Prostituierten zu verlangen, muss man zumindest schmunzelnd zur Kenntnis nehmen. Reiner Sahn schrieb das Buch „Zum Teufel mit der Steuer! 5.000 Jahre Steuern – ein langer Leidensweg der Menschheit“, in welchem er die skurrilsten Steuern aufführte. Um es in Kurzfassung zu sagen: der Staat fordert seinen Anteil am Wohlstandsgewinn und weiß, dass bei unserem Arbeitsprozess (Lohnsteuer), bei der Fahrt in den Urlaub (Mineralöl- und Flugticketsteuer) und selbst beim Ableben (Erbsteuer) immer etwas zu holen ist. Obwohl der Staat uns immer wieder in den Geldbeutel greift, ist er nicht reich. Er hat 2,15 Billionen Euro Schulden und damit entfallen rechnerisch auf jeden Bundesbürger knapp 27.000 Euro. Mancher wäre froh, wenn er diese Summe als Haben auf seinem Konto hätte.

Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

In unseren monatlichen Informationen schreiben wir seit geraumer Zeit von defizitären Erlösen über einen beachtlichen Zeitraum hinweg. Das betrifft natürlich nicht nur die Werke, sondern auch Handelshäuser. Mit veränderten Rohstoffpreisen zeigt der Preistrend nun stabil nach oben. In jüngster Zeit, sowie als weiterer Trend für 2014, sind Anhebungen der Grundpreise vorprogrammiert. Die Lagerbestände, die ohnehin sehr gering gehalten werden, zeigen teilweise deutliche Lücken. Das kann nur bedeuten, dass vom lagerführenden Handel Impulse zur Aufstockung der Bestände zu erwarten sind.

Die Gesamteinfuhren von Flachprodukten aus Fernost in die EU nehmen inzwischen einen Anteil von ca. 26% ein. Gestiegene Kosten im Inland, sowie angehobene Rohstoffpreise haben Fernostanbieter zu Preiserhöhungen veranlasst. Die mehrfachen Steigerungen in den letzten Tagen lassen darauf schließen, dass es mit den Fernostpreisen weiter nach oben geht.

Der Zusammenschluss Outokumpu/TKN wurde auch von uns hinreichend beschrieben. In diesem Zusammenhang wollte Outokumpu bereits kurzfristig den 450 Stahlkochern in Bochum den Arbeitsvertrag kündigen. Zwischenzeitlich hat man sich mit der IG Metall dahingehend geeinigt, das Bochumer Werk im September 2015 zu schließen. Den Mitarbeitern wurde finanzielle Unterstützung zugesagt und ein alternativer oder gleichwertiger Arbeitsplatz in Aussicht gestellt. Für den Standort Krefeld wurden die von Outokumpu genannten Investitionen in Höhe von ca. 245 Millionen Euro auf ca. 110 Millionen Euro zusammengestrichen.

Der Traditionsname „Nirosta“ soll erhalten und auch künftig weitergeführt werden.

Die Rohstoffmärkte

Wenn man sich die Rohstoffpreise anschaut, schaut man auf die Knappheit oder Überversorgung und im gleichen Moment auf den Hunger der Chinesen. Wächst die Wirtschaft in China nicht, dämpft das automatisch die Nachfrage nach Rohstoffen. In diesem Jahr wird bei den Rohstoffen, die zur Herstellung von rostfreiem Edelstahl benötigt werden, mit einer Nachfrageresteigerung von gut 5% gerechnet. Da es überall einen Produktionsüberschuss gibt, ist eine Kürzung der Förderung im Laufe dieses Jahres durchaus denkbar.

Das Exportverbot für Nickelerz aus Indonesien hat am Markt keine größeren Auswirkungen gezeigt. Wahrscheinlich aus dem Grund, weil die Bestände an der LME immens sind.

In den letzten Tagen konnten wir bei Nickel einen rasanten Preisanstieg beobachten. Für das gesamte Jahr glaubt man an eine globale Überversorgung des Nickelmarktes. Hier ist der Grund dafür zu sehen, dass der Preis nicht in den Himmel schießen wird.

Die Preisentwicklung bei Ferrochrom ist relativ stabil, so dass der Preis in diesem Jahr das aktuelle Niveau hält.

Der weiche Molybdänpreis hat sich in den letzten Tagen gefestigt und nach oben entwickelt. Für das II. Quartal kann man mit einer Stabilisierung rechnen. Ob das für das gesamte Jahr 2014 so bleibt, muss man abwarten.

Nickelhöchst-/Tiefstpreise 2010 bis heute

2011	2012	2013	Jan 14	Feb 14	Mrz 14	Apr 14	Mai 14	Jun 14	Juli 14	Aug 14	Sep 14	Okt 14	Nov 14	Dez 14
€/100	€/100	€/100	€/100	€/100	€/100	€/100	€/100	€/100	€/100	€/100	€/100	€/100	€/100	€/100
kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg
Kassa	Kassa	Kassa	Kassa	Kassa	Kassa	Kassa	Kassa	Kassa	Kassa	Kassa	Kassa	Kassa	Kassa	Kassa
H	H	H	H	H	H	H								
15.02.	07.02.	14.02.	22.01.	19.02.	24.03.	22.04.								
2.140	1.647	1.376	1.083	1.055	1.175	1.322								
T	T	T	T	T	T	T								
19.11.	16.08.	03.12.	09.01.	06.02.	03.03.	01.04.								
1.272	1.240	985	985	1.024	1.057	1.0146								

Nickel-Vorräte London Metal Exchange (LME)

02.01.13 = 141.690/mt

31.12.13 = 261.636/mt

17.04.14 = 277.434/mt

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ 2013 €/to	Höchste LZ 2013 €/to	Jan 2014 €/to	Feb 2014 €/to	Mrz 2014 €/to	Apr 2014 €/to	Mai 2014 €/to	Jun 2014 €/to	Juli 2014 €/to	Aug 2014 €/to	Sep 2014 €/to	Okt 2014 €/to	Nov 2014 €/to	Dez 2014 €/to
4016	11/13 - 413	05/13 - 490	426	436	431	406	422							
4113	11/13 - 533	08/13 - 581	551	565	561	534	572							
4301	11/13 - 1.002	03/13 - 1.319	997	1.033	1.048	1.074	1.179							
4310 *)	11/13 - 937	03/13 - 1.223	934	968	980	1.000	1.133							
4310Mo*)	11/13 - 996	03/13 - 1.302	999	1.033	1.045	1.062	1.170							
4404	11/13 - 1.486	03/13 - 1.964	1.476	1.523	1.547	1.583	1.767							
4521	11/13 - 724	06/13 - 881	749	765	762	732	793							
4539	11/13 - 2.659	03/13 - 3.654	2.681	2.749	2.803	2.900	3.261							
4571	11/13 - 1.489	01/13 - 1.999	1.496	1.544	1.569	1.607	1.794							

Edelstahlschrott

Die gesunkene Nachfrage nach Edelstahl Rostfrei hat sich verständlicherweise auch auf den Schrottpreis niedergeschlagen. Der spürbare Preisrückgang belebte sich allerdings in jüngster Zeit wieder nach oben hin. Schrott ist reichlich verfügbar und die Marktversorgung ist gesichert.

W-Nr.	höchst 2013 €/to	tiefst 2013 €/to	Jan 2014 €/to	Feb 2014 €/to	Mrz 2014 €/to	Apr 2014 €/to	Mai 2014 €/to	Jun 2014 €/to	Juli 2014 €/to	Aug 2014 €/to	Sep 2014 €/to	Okt 2014 €/to	Nov 2014 €/to	Dez 2014 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Sep. 390	Dez. 340	370	390	400	400								
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Jan. 1.320	Dez. 950	1.050	1.050	1.100	1.220								
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	Jan. 1.850	Dez. 1.300	1.450	1.450	1.480	1.600								

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team